



Drucksachen-Nr.

**7321/2020-2025**

Datum:

**09.01.2024**

An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld

Anfrage

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
<b>Sozial- und Gesundheitsausschuss</b>	23.01.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Beratungsstrukturen im Bereich Genitalverstümmelung**

Text der Anfrage:

Die EU schlägt vor, Verstümmelung weiblicher Genitalien zum EU-weiten Straftatbestand zu erklären und will die Beratungsstrukturen im Problemfeld der Gewalt gegen Frauen verbessern ([https://germany.representation.ec.europa.eu/news/schluss-mit-gewalt-gegen-frauen-kommission-schlagt-eu-weite-regeln-vor-2022-03-08\\_de](https://germany.representation.ec.europa.eu/news/schluss-mit-gewalt-gegen-frauen-kommission-schlagt-eu-weite-regeln-vor-2022-03-08_de)). Genitalverstümmelung ist in vielen Herkunftsländern von Migranten ein weit verbreitetes Problem; die körperlichen und in der Folge auch psychischen Belastungen dessen begleiten die Opfer oft ein Leben lang. Als stark von Migration geprägte Stadt kann sich auch Bielefeld dem Problem nicht entziehen.

Wir fragen die Stadtverwaltung:

Wie beurteilt die Verwaltung die aktuelle Qualität und die aktuelle Quantität der Beratungsstrukturen in diesem Bereich in Bielefeld – sind diese bedarfsdeckend?

Zusatzfrage:

Auf welche Weise werden Opfer von Genitalverstümmelung auf die gegebenen Beratungsstrukturen aufmerksam gemacht?

Unterschrift:

gez.

Dr. Florian Sander

Sozialpolitischer Sprecher AfD-Ratsgruppe Bielefeld